

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

I B 4 - 500/86

Düsseldorf, 13. Februar 1986

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf

Betr.: Haushaltsplanentwurf 1986;

hier: Weitere Erläuterungen zu Einzelplan 02 unter Berücksichtigung der Prüfungsfeststellungen des LRAH vom 07.01.1986 - Vorlage 10/237 -

Bezug: Sitzung des Hauptausschusses am 5. Februar 1986

In seiner Sitzung am 5. Februar hat der Hauptausschuß des Landtags um weitere Erläuterungen zum Einzelplan 02 des Haushaltsplanentwurfs 1986 gebeten.

Mit der Bitte um Weiterleitung an den Hauptausschuß und den Haushalts- und Finanzausschuß übersende ich eine Vorlage (150-fach) mit den erbetenen Erläuterungen.


(Dr. Leister)

284 - 2

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

I B 4 - 500/86

Düsseldorf, 13. Februar 1986

V o r l a g e

an den
Hauptausschuß
und den
Haushalts- und Finanzausschuß
des Landtags Nordrhein-Westfalen

Betr.: Haushaltsplanentwurf 1986;

hier: Weitere Erläuterungen zu Einzelplan 02 unter Berücksichtigung der Prüfungsfeststellungen des LRH vom 07.01.1986 - Vorlage 10/237 -

Bezug: Sitzung des Hauptausschusses am 5. Februar 1986

In seiner Sitzung am 5. Februar 1986 hat der Hauptausschuß des Landtags um weitere Erläuterungen zum Einzelplan 02 des Haushaltsplanentwurfs 1986 unter Berücksichtigung der "Prüfungsfeststellungen zur Staatskanzlei" des Landesrechnungshofs gebeten.

Ich übersende

- als Anlage 1 eine zusammenfassende Darstellung der Veränderungen bei Planstellen und Stellen lt. Haushaltsplanentwurf 1986 und 1. Ergänzungsvorlage unter Berücksichtigung von Kürzungsanregungen der Staatskanzlei aufgrund des LRH-Prüfungsberichts,

- 2 -

- 2 - 284 - 3

- als Anlage 2 eine Aufteilung für zusätzliche Stellen im Haushaltsplanentwurf 1986 incl. Ergänzungsvorlage in der Gliederung der LRH-Prüfungsfeststellungen (S. 73),
- als Anlage 3 einen Vergleich mit den Landeszentralen für politische Bildung der anderen Bundesländer.



(Dr. Leister)

284-4

Anlage 1

zur Vorlage des
Chefs der Staatskanzlei
vom 13. Februar 1986Zusammenfassende Darstellung der Veränderungen bei Planstellen und Stellen
lt. Haushaltsplanentwurf 1986 und 1. Ergänzungsvorlage unter Berücksichtigung
von Kürzungsanregungen der Staatskanzlei aufgrund des LRH-Prüfungsberichts

Kap. 02 010	Beantragt		Zus.	Kürzungs- anregung StK	Bleiben
	HHEntw.	1. Erg.Vorl.			
<u>Stellenzugänge</u>					
<u>Titel 422 10</u>					
B 4 B80	-	1	1	-	1
A 13 h.D. B80	-	6	6	-3	3*1
A 11 B80	2	5	7	-1	6*2
<u>Titel 425 10</u>					
Ia BAT	-	1	1	-1	-*3
Ib BAT	-	1	1	-	1
Vc/VIb BAT	-	1	1	-	1
VIb BAT	1	1	2	-1	1
VIb/VII BAT	-	1	1	-	1
VII/VIII BAT	2	-	2	-	2
<u>Titelgr. 61</u>					
VII/VIII BAT	1	-	1	-	1
<u>Titel 426 10</u>					
VI MTL	3	-	3	-2*4	1
IV MTL	1	-	1	-1	-
Zusammen	10	17	27	-9	18
<u>Stellenabgänge</u>					
<u>Titel 425 10</u>					
IVb/Vb BAT	-1*5	-	-1	-	-1
<u>Titel 426 10</u>					
VI MTL	-1*5	-	-1	-	-1
VI MTL	-	-	-	-1*5+6	-1
Bleiben	8	17	25	-10	15

*1 Unter Veranschlagung von 3 Stellen für beamtete Hilfskräfte und 3 Stellen ohne Besoldungsaufwand

*2 Unter Veranschlagung 1 Stelle für eine beamtete Hilfskraft und 1 Stelle ohne Besoldungsaufwand

*3 Unter Veranschlagung von 1 Leerstelle VergGr. I BAT und Stellenumwandlung I nach Ia

*4 Unter Veranschlagung von 1 Leerstelle

*5 Wirksamwerden kw-Vermerk

*6 Bisher nicht berücksichtigt

Aufteilung für zusätzliche Stellen im Haushaltsplanentwurf 1986
incl. Ergänzungsvorlage in der Gliederung der LPH-Prüfungsfeststellungen (S. 73)

Chefs
vom 13.

Stelle	1. Höherer Dienst Planstellen für Beamte	Stellungnahme LPH	Stellungnahme Staatskanzlei	Anregung Staatskanzlei
1	1. x. BesGr. B 4 B80 (Gruppenleiter "Medien")	Bedarf anerkannt, jedoch dafür 1 x A 16 mit kw-Vermerk (Referat II A 2)	LPH geht bei seinem Vorschlag für Zusammenlegung der Referate II A 2 (Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr) und II C 3 (Landesentwicklungsprogramm, Landesentwicklungsbeirat, Bevölkerungsentwicklung) von unzutreffenden tatsächlichen Annahmen und Zahlen aus. Die beiden Referate sind voll ausgelastet. Eine Einsparungsmöglichkeit besteht nicht.	Bewilligung der Stelle entsprechend Regierungsentwurf, kein kw-Vermerk
2	6. x. BesGr. A 13 B80 (Hilfsreferenten) Davon je ein Hilfsreferent für a) das Referat II A 4 (Ressortkoordination, Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft)	Bedarf anerkannt, jedoch durch Verlagerung einer HH-Stelle aus II A 2, die früher zu II A 4 gehörte.	wie Zeile 1	Bewilligung der Stelle entsprechend Regierungsentwurf
3	b) das Referat II B 1 (Regierungsplanung und Regierungsprogramm)	Bedarf anerkannt, jedoch Deckung durch eine Stelle für eine be- amtete Hilfskraft (A 13/14/15)	Einverstanden unter der Voraussetzung, daß im Einzelplan 03 Kapitel 03 310 Titel 422 10 eine Planstelle der BesGr. A 14 B80 ohne Besoldungsaufwand für den abzuordnenden Beamten eingerichtet wird, damit wegen der Dauer der Abordnung (3 - 5 Jahre) des Beamten seine Planstelle wieder besetzt werden kann. Der IM ist unter dieser Voraussetzung einverstanden.	Kürzung um 2 Planstellen A 13 B80 -h.D.- unter Veranschlagung von 2 Stellen A 14 B80 für eine beamtete Hilfskraft und 2 Stellen A 14 B80 ohne Besoldungs- aufwand in Kapitel 03 310 Titel 422 10
4	c) das Referat II B 3 (Finanzen, kommunale Finanzen einschließlich Ressortkoordination)	Bedarf anerkannt, jedoch Deckung durch eine Stelle für eine be- amtete Hilfskraft (A 13/14/15)	wie Zeile 3	Bewilligung der Stelle entsprechend Regierungsentwurf
5	d) das Referat II C 2 (neu) (Grundsätzliche Fragen der auswärtigen und innerdeutschen Beziehungen, Sicherheitspolitik)	Bedarf anerkannt wie Anmeldung Staatskanzlei		
6	e) das Referat II C 3 (neu) (Europapolitik, bilaterale Zusammenarbeit)	Bedarf anerkannt, jedoch dafür 1 x B 2 mit kw-Vermerk (Referen- tenstelle der LZ)	LPH geht von der unzutreffenden Voraussetzung aus, daß das Referat LZ 2 nach Wirksamwerden des kw-Vermerks entbehrlich ist. Das Referat nimmt neben den Angelegenheiten des Europa-Beauftragten in erheblichem Umfang andere Aufgaben im Bereich der politischen Bildung (z.B. Jugendbildung, Schule und Wissenschaft, internationale Beziehungen, deutsch-deutsche Beziehungen) wahr. Der Referent ist zugleich allgemeiner Vertreter des Leiters der LZ.	Bewilligung der Stelle entsprechend Regierungsentwurf, kein kw-Vermerk für B 2-Planstelle der LZ
7	f) das Referat II C 4 (neu) (z. Zt. Referat I B 5 - Protokoll, Konsularwesen -)	Bedarf anerkannt, jedoch Deckung durch Stelle für beamtete Hilfs- kraft (A 13/14/15)	wie Zeile 3	Kürzung um 1 Planstelle A 13 B80 -h.D.- unter Veranschlagung von 1 Stelle A 15 B80 für beamtete Hilfs- kraft und 1 Stelle A 15 B80 ohne Besoldungsauf- wand in Kapitel 03 310 Titel 422 10

288-5

Zeile	Stellen für Angestellte	Stellungnahme LRH	Stellungnahme Staatskanzlei	Anregung Staatskanzlei
8	1 x VergGr. Ia BAI (Hilfsreferent) für das Referat 4 der Gruppe "Medien" - Kommunikationssysteme -	Bedarf anerkannt, jedoch Deckung durch Verlagerung einer nach Ia umzuwandelnden I BAI-Stelle nach Einrichtung einer Leerstelle für beurlaubten Angestellten	Eingverstanden, wenn nach dem Ergebnis der abschließenden Beratungen eine Leer-Stelle der VergGr. I BAI im Einzelplan 02 Kapitel 02 010 Titel 425 10 eingerichtet werden kann.	Kürzung um 1 Stelle VergGr. unter Umwandlung 1 Stelle VergGr. Ia BAI und Veranschlagung 1 Leerstelle VergGr. I BAI
9	1 x VergGr. Ib BAI (Hilfsreferent) für das Referat III A 3 - Auslandspresses -	Bedarf anerkannt; Verlagerung der Aufgaben nach III A 5 und Deckung durch Verlagerung von Ia-Stelle aus III A 1; die Stelle war früher für III A 5 vorgesehen.	Der LRH geht von der unzutreffenden Voraussetzung aus, daß auf die im Referat III A 1 vorhandene Ia BAI-Stelle verzichtet werden kann. Erforderlich ist ein Hilfsreferent für zusätzliche Aufgaben in erheblichem Umfang für Vorbereitung, Journalistische Beobachtung und Nachbereitung der zahlreichen öffentlichen Verpflichtungen des Ministerpräsidenten. Der vorhandene Hilfsreferent (VergGr. Ila BAT) ist durch bereits vorhandene Aufgaben (Abwicklung und Analyse von Presseterminen) voll ausgelastet.	Bewilligung der Stelle entsprechend Regierungsentwurf
10	2. Sachbearbeiter Planstellen für Beamte 7 x BesGr. A 11 BBO, davon je eine Planstelle für einen Sachbearbeiter der Referate a) I B 2 (Orden, Titel, Staatspreise) durch zusätzlichen Arbeitsaufwand durch die Stiftung eines Verdienstordens des Landes NRW	Bedarf anerkannt, jedoch Deckung durch eine Stelle für beamtete Hilfskraft aus B0; diese Stelle ist 1985 für I B 2 beantragt worden.	Die Planstelle ist zur Deckung eines erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwandes nach Stiftung des Verdienstordens des Landes NRW erforderlich. Die im Haushaltsplan 1985 ausgewiesene Stelle für eine beamtete Hilfskraft (BesGr. A 11 BBO) ist seinerzeit für einen Beamten ausgewiesen worden, der wegen des gestiegenen Arbeitsanfalls in der Bürodirektion aus zwingenden dienstlichen Gründen eingesetzt wurde.	Bewilligung der Stelle entsprechend Regierungsentwurf
11	b) I B 3 (Personallangelegenheiten) wegen Personalvermehrung (LZ; Geschäftsstelle des Rundfunkausschusses, Frauenbeauftragte)	Bedarf anerkannt, jedoch Deckung durch Verlagerung einer A 11/A 12-Planstelle aus MMF	Der MMF hat nach nochmaliger Prüfung unter Berücksichtigung der LRH-Ausführungen mitgeteilt, daß die Verlagerung einer Planstelle des gehobenen Dienstes sachlich nicht gerechtfertigt ist, weil die Betreuung der LZ durch das MMF nach seiner Auffassung die Arbeitskapazität auch nicht eines halben Sachbearbeiters des gehobenen Dienstes in Anspruch genommen hat.	Bewilligung der Stelle entsprechend Regierungsentwurf
12	c) Referat 2 der neuen Gruppe "Medien" - Medienpolitik -	Bedarf anerkannt wie Anmeldung Staatskanzlei.		
13	d) Referat 4 der neuen Gruppe "Medien" - Kommunikationssysteme -	Bedarf anerkannt wie Anmeldung Staatskanzlei.		
14	e) II C 2 (neu) "Grundsatzfragen der inner-deutschen Beziehungen, Sicherheitspolitik"	Bedarf anerkannt, jedoch Deckung durch Verlagerung einer A 12-Planstelle aus II A 2	wie Zeile 1 Eine Einsparungsmöglichkeit besteht nicht.	Bewilligung der Stellen entsprechend Regierungsentwurf

Zeile	Stellungnahme LAH	Stellungnahme Staatskanzlei	Anregung Staatskanzlei
15	f) II C 4 (z. Zt. I B 5) "Protokoll, Konsularwesen"	Bedarf anerkannt, jedoch Deckung durch Einrichtung einer Stelle für eine beamtete Hilfskraft (A 11/A 12)	Einverstanden unter der Voraussetzung, daß im Einzelplan 03 Kapitel 03 310 Titel 422 10 eine Planstelle der BesGr. A 11 880 ohne Besoldungsaufwand für den abzuordnenden Beamten eingerichtet wird, damit wegen der Dauer der Abordnung (3 - 5 Jahre) des Beamten seine Planstelle wiederbesetzt werden kann. Der IM ist unter dieser Voraussetzung einverstanden.
16	g) III A 3 für die Aufgabenbereiche "Auswertung und Analyse der Auslandspresse; Betreuung ausländischer Journalisten"	Bedarf verneint; Verlagerung der Aufgaben nach III A 5; dort Straffungspotential vorhanden.	Der LRH geht hinsichtlich des im Referat III A 5 vorhandenen Straffungspotentials von unzutreffenden Annahmen aus. Dem Referat III A 5 obliegt neben der Auswertung von 393 Zeitungen, Zeitschriften und Informationsdiensten die regelmäßige Beobachtung und Auswertung von WDR 1, 2 und 3, WDF, ARD, ZDF, Deutschlandfunk und Radio Luxemburg. Die Auswertung in diesem Umfang ist unerlässlich. Auch wegen des arbeitsaufwendigen Arbeitsanfalls wird der Einsatz arbeitssparender Hilfsmittel ständig überprüft. Die Auswertung und Analyse der Auslandspresse, die ein wesentlicher Bestandteil der Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit ist, ist nach der Aufgabenstellung des Referats III A 3 (Verbindung zur Auslandspresse) diesem Referat zuzuordnen. Es handelt sich um neue Aufgaben, für die spezielle Kenntnisse und Erfahrungen erforderlich sind, die den Einsatz eines zusätzlichen Sachbearbeiters erfordern.
17	Stellen für Angestellte 1 x VergGr. V1b BAT (Auswertungsdienst für das Referat III A 3)	Bedarf verneint; Verlagerung der Aufgaben nach III A 5; dort Straffungspotential vorhanden.	Bewilligung entsprechend Regierungsentwurf wie Zeile 16
18	3. Innerer Dienst 1 x VergGr. V1b/V11 BAT (Vorzimmerdienst des Leiters der neuen Gruppe "Medien")	Bedarf anerkannt, jedoch Deckung durch Verlagerung VII/VIII BAT-Stelle aus II A 2	Bewilligung entsprechend Regierungsentwurf wie Zeile 1 Eine Einsparungsmöglichkeit besteht nicht.
19	1 x VergGr. Vc/V1b BAT (Registrierdienst der neuen Gruppe "Medien")	Bedarf verneint; Erledigung durch vorhandene Registraturkräfte	Bewilligung entsprechend Regierungsentwurf LRH geht von der unzutreffenden Voraussetzung aus, daß die zentrale Registratur den durch den Aufgabenzuwachs bedingten erheblichen zusätzlichen Arbeitsanfall, der seit längerem in den anderen Referaten der zukünftigen Gruppe "Medien" besteht, bewältigen kann. Zu berücksichtigen ist ferner, daß nach Bewilligung neuer Planstellen für den höheren und gehobenen Dienst im Registraturdienst ein erheblicher zusätzlicher Arbeitsanfall entstehen wird.
20	1 x VergGr. V1b BAT (Registrierdienst der Gruppe II B)	Bedarf verneint; Erledigung durch Aushilfskräfte nach Bereitstellung der Mittel durch FM	Kürzung um 1 Stelle VergGr. V1b BAT
21	2 x VergGr. VII/VIII BAT (Schreibdienst)	Bedarf nur anerkannt, wenn Schreibdienstschlüssel (1:5) nicht überschritten wird. Ist bei Bewilligung der beantragten Stellen für höheren und gehobenen Dienst (einschl. Hilfsstelle) nicht der Fall.	Bewilligung entsprechend Regierungsentwurf Bei Bewilligung der vorgesehenen zusätzlichen Planstellen und Stellen für Diktatberechtigte wird der Schreibdienstschlüssel (1:5) nicht überschritten.

284-7

Zeile	Zelle	Stellungnahme LRH	Stellungnahme Staatskanzlei	Anregung Staatskanzlei
22	<p>1 x Lohngruppe IV MTL II (Bötendienst)</p>	<p>Vorläufiger Bedarf anerkannt; zunächst jedoch nur Einsatz einer Aushilfskraft nach Bereitstellungsentsprechender Mittel durch FM.</p>	<p>Zustimmung.</p>	<p>Kürzung um 1 Stelle Lohngr. IV MTL II</p>
23	<p>3 x Lohngruppe VI MTL II (Kraftfahrer; davon eine Stelle für die Frauenbeauftragte, die entfällt, wenn Einrichtung über Ermächtigungsnorm erfolgt</p>	<p>a) Streichung einer Stelle und Anmeldung über § 8 ParlStG b) Bedarf anerkannt, jedoch Deckung durch Einrichtung einer Leerstelle für beurlaubten Fahrer. c) LRH geht auf diese Stelle nicht ein.</p>	<p>a) <u>Einverstanden</u> b) <u>Einverstanden</u>, wenn nach dem Ergebnis der Beratungen im Stellenplanausschuß für den beurlaubten Fahrer eine Leer-Stelle der Lohngruppe IV MTL ausgewiesen wird.</p>	<p><u>Kürzung von 2 Stellen Lohngr. VI MTL II unter Veranschlagung von 1 Leerstelle Lohngruppe VI MTL II</u></p>

Vergleich mit den Landeszentralen
für politische Bildung
der anderen Bundesländer**)

Landeszentralen	Einwohner- zahl	Sachmittel Mio.DM	Referate	Mitarbeiter	davon höherer Dienst
Baden-Württemberg	9,2 Mio.	2,1	8	38	14
Bayern	10,9 Mio.	3,7	6	22	7
Berlin	1,8 Mio.	2,3	3	9	4
Bremen	677.000	0,17	2	8	2
Hamburg	1,6 Mio.	1,5	3	6	3
Hessen	5,6 Mio.	1,5	6	22	7
Niedersachsen	7,2 Mio.	4,9	7	43	21
Rheinland-Pfalz	3,6 Mio.	0,68	3	13	3
Saarland	1,05 Mio.	0,16	2	4	2
Schleswig-Holstein	2,6 Mio.	0,35	5	9	5
Nordrhein-Westfalen	16,8 Mio.	3,4 *	6	42	8

* + rd. 34 Mio. Mittel zur Förderung der politischen Bildung nach WBG
und Ermessensförderung

** Quelle: Stellenplan- und Sachmittelvergleich der Bundeszentrale und
der Landeszentralen für politische Bildung, Stand Februar 1985
(mit Ergänzungen), herausgegeben von der Landeszentrale für
politische Bildungsarbeit Berlin